

Auch Alpiq gründet eine «Bad Bank»

Der Stromkonzern schreibt riesige Verluste mit der heimischen Stromproduktion - und appelliert an die Politik

VON BEAT SCHMID

Exakt 109 Millionen hat Alpiq in den letzten sechs Monaten mit ihren Schweizer Kraftwerken verloren. Dies geht aus den gestern veröffentlichten Zahlen hervor. Das ist das erste Mal, dass Alpiq Ertragszahlen für die heimische Stromproduktion offenlegt. Der Konzern aus Lausanne hat dazu eigens den Bereich «Generation Switzerland» geschaffen. Er ist das Sorgenkind des grössten Stromkonzerns der Schweiz - oder wie es ein hoher Kadermann ausdrückt: ««Generation Switzerland» ist die «Bad Bank» der Alpiq.» Der Begriff stammt aus der Finanzindustrie und steht für unrentable Geschäfte, die man liebsten nicht mehr auf der Bilanz hätte. Damit folgt Alpiq Konkurrentin

«Die Politik muss sich entscheiden: Entweder zurück in geschützte Märkte oder Marktöffnung für alle.»

Jasmin Staiblin Alpiq-Chefin

Axpo, die bereits Ende 2016 ihre Schweizer Kraftwerke in einer Bad Bank, der Axpo Power, gebündelt hat.

Wie Alpiq am Montag ebenfalls bekannt gab, legt sie ihre Pläne für den Verkauf einer 49-Prozent-Beteiligung an ihrem Wasserkraftportfolio vorerst auf Eis. Dieser Schritt kam nicht überraschend: Bereits in den letzten Monaten verdichteten sich die Anzeichen, dass es sehr schwer würde, Käufer zu finden. Es war und ist für Investoren nicht abzuschätzen, wie viel Geld sie mit Wasserkraft in Zukunft verdienen können. Der Marktpreis ist am Boden, die politischen Rahmenbedingungen sind ungewiss.

Chefin Jasmin Staiblin sagte vor den Medien: «Keiner war bereit, diese Risiken zu übernehmen und die Situation zu überbrücken, bis sich die Preise am mittleren und langen Ende wieder erholen», sagte sie. Indem Staiblin der zaudernden Politik die Schuld zuwies,



Die Wasserkraft ist das Sorgenkind der Alpiq: Staumauer am Zervreilasee bei Vals GR.

ALESSANDRO DELLA BELLA/KEYSTONE

stach sie in ein Wespennest. Energiepolitiker Stefan Müller-Altermatt empörte sich gestern über diese Aussagen (siehe Box). Im linken Lager kam der Übungsabbruch gut an. Erfreut zeigte sich die Zürcher SP-Politikerin Jacqueline Badran: Wasserkraft sei eben ein strategisches Gut, das «too big to fail» sei - und nutze damit einen weiteren Begriff aus der Finanzwelt.

Doch ist es nicht gerade die Politik, welche die Wasserkraft «scheitern» lässt? Die Marktliberalisierung ist in der Schweiz ein Zwitter. Die Grossverbrau-

cher wie Industrieunternehmen sind frei in der Wahl ihres Stromlieferanten. Die privaten Haushalte nicht, sie müssen den Strom vom lokalen Netzbetreiber beziehen, üblicherweise ist das ein Stadt- oder Regionalwerk.

Tiefer Strompreis im Ausland

Die Teilliberalisierung sorgt für Verzerrungen im Markt. Stromfirmen wie Alpiq, aber auch Axpo können Energie nur Grossabnehmern liefern. Das müssen sie zu internationalen bzw. deutschen Marktpreisen tun. Weil sie keine

sogenannten gebundenen Kunden haben, können sie den Strom nicht zu einem hohen Monopolpreis verkaufen, wie dies Stromproduzenten mit eigenen Netzen machen (zum Beispiel die Berner BKW).

Alpiq und Axpo müssen also mit dem internationalen Markt mithalten. Weil in Deutschland der Preis wegen Kohlestrom und massiven Subventionen in Wind und Solar sehr tief ist, müssen die Alpiq und andere Stromproduzenten den Schweizer Strom über Gestehungskosten verkaufen, also mit Verlust. Wenn Alpiq im

WASSERKRAFT

Politiker wehrt sich

Der Präsident der Energiekommission des Nationalrats (Urek), Stefan Müller-Altermatt (CVP/SO), empört sich über Alpiq. Es war klar, dass ein Verkauf angesichts des Marktumfelds schwierig war, sagte er. Die Energiekommission habe sich mehrmals für die Unterstützung der Wasserkraft starkgemacht. In ihrer Begründung für den Verkaufsverzicht schrieb Alpiq am Montag, potenzielle Käufer hätten die regulatorischen Risiken nicht auf sich nehmen wollen. «Diese Begründung ist nicht haltbar», kritisiert Müller-Altermatt. In jüngerer Zeit habe es immer wieder Diskussionen über Entlastungen gegeben. Obwohl Alpiq nun Millionenerlöse entgehen, sei eine Staatsrettung kein Thema. (SDA)

ersten Halbjahr eine rote Null schreibt, dann nur, weil die Stromproduktion im Ausland und die Gebäudetechnik im Inland Gewinne abwerfen.

Diese Quersubventionierung will Alpiq nicht mehr länger hinnehmen. Und das ist auch der Grund, warum Alpiq gestern erstmals Detailzahlen zum Schweizer Stromproduktionsgeschäft veröffentlicht hat. «Damit will der Konzern transparent machen, wie schlecht es um das Geschäft mit dem Schweizer Strom bestellt ist», sagt ein Kenner der Branche. Der Hintergrund ist klar: Alpiq und Axpo wollen damit Druck auf die Politik machen. Die Forderung von Alpiq lässt sich im Halbjahresbericht nachlesen: «Die Politik muss sich entscheiden: Entweder gehen alle Stromproduzenten zurück in geschützte Märkte oder der Markt wird umgehend für alle geöffnet», schreiben Verwaltungspräsident Jens Alder und Konzernchefin Jasmin Staiblin im Aktionärsbrief. Wie man aus dem Innern von Alpiq hört, hat das Unternehmen Präferenz für die vollständige Marktöffnung.

Bergler kämpfen für Wasserzinsen

Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone lehnt die vom Bundesrat vorgeschlagene Senkung des Wasserzinsmaximums strikt ab. Eine solche sei weder sachlich noch politisch zu rechtfertigen.

VON DENNIS BÜHLER

Wenn ein Bündner, ein Walliser und ein Tessiner Regierungsrat gemeinsame Sache machen, muss es entweder um den Wolf gehen. Oder um Wasserzinsen. Und tatsächlich: Gestern lud die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGB) nach Bern, um gegen die Ende Juni vom Bundesrat vorgeschlagene Senkung des Wasserzinsmaximums zu protestieren.

«Für diese Lösung gibt es weder eine sachliche noch eine politische Rechtfertigung», sagte der Tessiner Staatsrat Christian Vitta, der die RKGB präsidiert. Sein Bündner Kollege Mario Cavigelli ergänzte, dass die Wasserzinsentnahmen der sieben Gebirgskantone Uri, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Graubünden, Tessin und Wallis mit dem Vorschlag der Regierung um 106 Millionen Franken einbrechen würden: «Das können wir nicht hinnehmen» (siehe Interview rechts). Und der Walliser Roberto Schmidt drohte, die Bergkantone könnten die Kooperation mit

Elektrizitätskonzernen verweigern, wenn diese zu wenig Rücksicht auf ihre Interessen nähmen: «Der zukünftige Strommarkt muss zwingend so gestaltet sein, dass Gemeinden und Kantone weiterhin bereit sind, Konzessionen zu verleihen», so der Staatsrat.

Problem: Der Markt ist verzerrt

Zankapfel Wasserzins: Seit Jahren schwelt der Streit um das Entgelt, das Firmen aus dem Unterland den Berggemeinden für die Nutzung des öffentlichen Rohstoffs Wasser zu entrichten haben. Lange lag das Wasserzinsmaximum bei 80 Franken je Kilowatt, dann

«Wenn Strom aus alten Kohlekraftwerken den Wasserkraftstrom aus dem Markt drängen kann, ist die CO₂-Politik in Schiefelage.»

Mario Cavigelli Regierungsrat Graubünden

stieg es auf 110 Franken, ab 2020 soll gemäss Bundesrat nun wieder der alte Preis gelten. So will die Regierung der Elektrizitätsbranche entgegenkommen, die angesichts europaweit tiefer Strompreise gegen die Höhe des Wasserzinses protestiert. Tatsächlich macht dieser einen immer höheren Anteil der Gestehungskosten aus.

In den Augen der Gebirgspolitiker hat daran freilich nicht der Wasserzins, sondern der verzerrte Markt.

Dieser müsse rasch neu geordnet werden, so Cavigelli. «Wenn Strom aus alten Kohlekraftwerken den Wasserkraftstrom aus dem Markt drängen kann, ist die CO₂-Politik in Schiefelage.» Solange dies so bleibe, müsse der Bund Schutzmassnahmen zugunsten der Wasserkraft prüfen.

Wie rentabel ist die Wasserkraft?

Dass Wasserkraft entgegen der Behauptung von Elektrizitätsunternehmen wie Alpiq oder Axpo rentabel sei, versuchte die RKGB mit einer Studie zu untermauern, die sie beim Beratungsunternehmen BHP Hanser und Partner AG in Auftrag gegeben hatte: In den vergangenen 16 Jahren habe die Elektrizitätsbranche mit der Wasserkraft über alle Wertschöpfungsstufen hinweg Gewinne erzielt, heisst es in der Studie - «unabhängig von den auch in früheren Phasen bereits tiefen Marktpreisen und dem bestehenden Wasserzinsystem». Profitiert hätten in erster Linie die Aktionäre: Mit Ausnahme von zwei Jahren hätten die Eigentümerkantone seit 2003 stets deutlich höhere Erträge erwirtschaftet als die Wasserkraftkantone.

Trotzdem: Gänzlich taub für die Sorgen der Stromkonzerne sind auch die Gebirgskantone nicht. So könnten sie mit dem Alternativvorschlag des Bundesrates leben, gemäss dem es nur punktuelle Wasserzinsreduktionen für klar defizitäre Kraftwerke geben soll.

NACHGEFRAGT

«Finanzausgleich in die falsche Richtung»

VON DENNIS BÜHLER

Der Bündner Regierungsrat Mario Cavigelli (CVP) erklärt, warum eine Senkung der Wasserzinsen die Berggebiete hart treffen würde und ihn der Alpiq-Entscheid freut.

Herr Cavigelli, der Energiekonzern Alpiq hat gestern den Plan aufgegeben, Teile seiner Wasserkraftwerke zu verkaufen. Freut Sie das?

Mario Cavigelli: Ja, ich begrüsse den Entscheid. Aus politischer Sicht nämlich bin ich nicht gerade begeistert, wenn die Wasserkraftportfolios für ausländische Investoren geöffnet werden. Standortkanton und -gemeinde sind für die Konzessionsdauer von 60 bis 80 Jahren an ein Unternehmen gebunden. Die Zusammenarbeit ist einfacher, wenn dieses in Schweizer Händen ist.

Wieso sind die Gebirgskantone derart vehement gegen eine Senkung der Wasserzinsen?

Weil eine generelle Senkung der Wasserzinsen von 110 auf 80 Franken pro Brutto-Kilowatt eine grosse Ungerechtigkeit wäre: Während die Bergkantone und -gemeinden auf für sie überlebenswichtige Einnahmen aus der Wasserkraft verzichten müssten, würden grosse Stromkonzerne unterstützt, die in den Händen der Mittellandkantone sind. Mit anderen Worten: Die Schweiz führte einen Finanzausgleich in die falsche Richtung ein - Geld flosse vom schwachen Berggebiet ins ohnehin starke Mittelland.

Welche Konsequenzen hätte dies für die Berggebiete?

Die totalen Wasserzinseinnahmen der sieben Gebirgskantone belaufen sich gegenwärtig auf 389 Millionen Franken pro Jahr. Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Senkung um 27 Prozent würden

MARIO CAVIGELLI



Mario Cavigelli (52) ist Vorsteher des Bündner Bau-, Verkehrs- und Forstdepartements.

uns 106 Millionen Franken wegbrechen. Graubünden etwa hätte Mindereinnahmen von 30 Millionen hinzunehmen, die je hälftig in der Kantonskasse und bei den Berggemeinden fehlen würden. Vor allem Letztere sind stark abhängig von der Wasserkraft, haben sie an Einnahmen ansonsten doch nur noch die Landwirtschaft und den Tourismus.

Hat es die Regierungskonferenz der Gebirgskantone verpasst, rechtzeitig Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess zu nehmen?

Im Gegenteil: Es gelang uns ausgezeichnet, die bundesrätliche Vorlage zu prägen. Bis im letzten Jahr wurde über ein flexibles Wasserzinsmodell diskutiert, das einen Sockel mit fixen Einnahmen und einen flexiblen Überbau vorgesehen hätte. Der Sockel hätte auf gerade mal 55 Franken festgesetzt werden sollen - die Hälfte des heutigen Betrags. Dieses Horrorszenario konnten wir durch erfolgreiches Lobbying abwenden.